



Martin Schulz besuchte den AdR

117. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen



Noch unter dem Eindruck der Terroranschläge von Brüssel von vor zwei Wochen fand die 117. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) vom 7. bis 8. April 2016 statt. Nach einer Schweigeminute wandte sich der Präsident der Region Brüssel-Hauptstadt, Rudi Vervoort (SPE), in einer bewegenden Ansprache an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Am Tag zuvor waren der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, mit dem Präsidenten und Vize-Präsidenten des AdR (Markku Markkula und Karl-Heinz Lambertz) sowie den Vorsitzenden der Fraktionen im AdR, unter anderem MdL Markus Töns, zusammengekommen. Auch hier waren die verheerenden Attacken Inhalt der Unterredung. Ein weiteres Thema war aber auch die grundsätzliche Krise, in der sich die Europäische Union befindet, u.a. Brexit. Daneben wurde die vertiefte interinstitutionelle Zusammenarbeit der zwei Organe diskutiert, und Martin Schulz verwies darauf, dass das EP zunehmend auch auf die Stellungnahmen des AdR verweisen würde, da diese ja die Positionen der Bürgerinnen und Bürger vor-Ort in Europa zum Ausdruck brächten. Markus Töns seinerseits verwies darauf, dass vice versa die AdR-Mitglieder ihrerseits die Idee Europas in Regionen und Kommunen transportieren würden.

Im Rahmen der AdR-Plenarsitzung wurde ein Reigen von elf fachlich unterschiedlichen Dossiers verabschiedet; beispielhaft seien zwei erwähnt, das Dossier „Konkrete Schritte zur Umsetzung der EU-Städteagenda“ der



Staatsekretärin und Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund, Hella Dunger-Löper, sowie die Initiativstellungnahme „Schutz von Flüchtlingen in ihren Herkunftsgebieten: eine neue Perspektive“ des Bürgermeisters der niederländischen Stadt Oisterwijk.

Zudem erfolgte die offizielle Benennung von Markus Töns zum Berichterstatter der AdR-Initiativstellungnahme zu staatlichen Beihilfen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) durch das AdR-Präsidium. Eine Diskussion hierzu erfolgt bereits in der kommenden Sitzung der Fachkommission ECON am 29. April und die erste Abstimmung wird dann am 20. bis 21.06.2016 in der auswärtigen ECON-Sitzung in Krakau stattfinden.